

### Rezension: Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff: Dieses Mal ist alles anders: acht Jahrhunderte Finanzkrisen

Klinck, Kristian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klinck, K. (2013). Rezension: Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff: Dieses Mal ist alles anders: acht Jahrhunderte Finanzkrisen. [Rezension des Buches *Dieses Mal ist alles anders: acht Jahrhunderte Finanzkrisen*, von C. M. Reinhart, & K. S. Rogoff]. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 13(2), 86-89. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-368310>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

- mie und Verantwortung. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 31–42.
- Kube, Hanno (2013): Art. 109, 115, 143d. In: Maunz, Theodor / Dürig, Günter (Hg.): Grundgesetz Kommentar, Stand: 67. Ergänzungslieferung 2013.
- Lenz, Christofer / Burgbacher, Ernst (2009): Die neue Schuldenbremse im Grundgesetz. In: Neue Juristische Wochenschrift, Jg. 62 (35/2009), 2561–2567.
- Neidhardt, Hilde (2010): Staatsverschuldung und Verfassung. Geltungsanspruch, Kontrolle und Reform staatlicher Verschuldungsgrenzen. Dissertation. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Osterloh, Lerke (1990): Staatsverschuldung als Rechtsproblem? Kritisches zum Urteil des Zweiten Senats des BVerfG vom 18.4.1989. In: Neue Juristische Wochenschrift, Jg. 43 (3/1990), 145–152.
- Pinkl, Johannes (2012): Umgehungsgefahren für die neue „Schuldenbremse“. In: Hetschko, Clemens et al.: Staatsverschuldung in Deutschland nach der Föderalismusreform II – eine Zwischenbilanz. Hamburg: Bucerius Law School Press, 103–144.
- Pünder, Hermann (2011): Art. 115. In: Friauf, Karl-Heinrich / Höfling, Wolfram (Hg.): Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Stand: 33. Ergänzungslieferung Juli 2011. Berlin: Schmidt.
- Pünder, Hermann (2007): Staatsverschuldung. In: Isensee, Josef / Kirchhof, Paul: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (HStR), Band 5, § 123. 3. Auflage. Heidelberg: C. F. Müller. (1. Auflage 1992).
- Reimer, Ekkehart (2013): Art. 109, 115. In: Epping, Volker / Hillgruber, Christian (Hg.): Beck'scher Online-Kommentar GG. Stand: 15.5.2013, Ed. 18. München: C. H. Beck.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2011): Sprengsatz Länderhaushalte – Wege zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik: Was taugt der Stabilitätsrat? Taugt er als Vorbild für Europa? Endbericht – November 2011. [http://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/startseite/sprengsatz\\_laenderhaushalt.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/startseite/sprengsatz_laenderhaushalt.pdf). Abruf am 7.8.2013.
- Rossi, Matthias (2005): Verschuldung in extremer Haushaltsnotlage – Zum Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin vom 31. Oktober 2003. In: Deutsches Verwaltungsblatt, Jg. 120 (2005), 269–276.
- Ryczewski, Christoph (2011): Die Schuldenbremse im Grundgesetz. Untersuchung zur nachhaltigen Begrenzung der Staatsverschuldung unter polit-ökonomischen und bundesstaatlichen Gesichtspunkten. Dissertation. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schemmel, Lothar (2006): Staatsverschuldung und öffentliche Investition. Im ersten Schritt Schlupflöcher beseitigen – auf mittlere Sicht Kreditfinanzierung verbieten. Herausgegeben von Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler e.V. Wiesbaden: Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler.
- Schlaich, Klaus / Koriath, Stefan (2012): Das Bundesverfassungsgericht. 9. Aufl. München: Verlag C. H. Beck. (1. Aufl. 1985).
- Schuppert, Gunnar Folke (2002): Art. 115. In: Umbach, Dieter C. / Clemens, Thomas (Hg.): Grundgesetz, Band 2. Heidelberg: Müller.
- Wieland, Joachim (1995): Rechnungshofkontrolle im demokratischen Rechtsstaat. In: Deutsches Verwaltungsblatt, Jg. 110 (1995), 894–904.



Dr. Maxi Koemm (geb. 1984) ist akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Kirchenrecht sowie Deutsches Staats- und Verwaltungsrecht der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen derzeit in den Bereichen Verfassungsrecht, insbesondere Finanzverfassungsrecht, im Haushaltsrecht und im Steuerrecht. Nach dem Ersten Juristischen Staatsexamen (September 2008, OLG Düsseldorf) war sie Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht / Abteilung Staatsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Ihre Dissertation über die grundgesetzliche Schuldenbremse wurde 2011 veröffentlicht. Das Zweite Juristische Staatsexamen legte sie im November 2012 am LG München I ab. Von Juli bis Dezember 2012 war sie Volontärin im Verlag C. H. Beck, München.

#### Kontaktdaten:

Dr. Maxi Koemm, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Kirchenrecht sowie Deutsches Staats- und Verwaltungsrecht, Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor-Huber-Platz 2, 80539 München.  
E-Mail:  
Maxi.Koemm@jura.uni-muenchen.de

## Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff: Dieses Mal ist alles anders: Acht Jahrhunderte Finanzkrisen

Rezensiert von Dr. Kristian Klinck

**C**armen M. Reinhart und Kenneth S. Rogoff verfolgen mit ihrem aufsehenerregenden, jetzt von Al-

muth Braun exzellent ins Deutsche übersetzten Buch zwei Ziele: Zum einen schließen sie an die bemerkenswerte Tradition

amerikanischer Spitzenforscher an, schwierige Forschungsgegenstände allgemeinverständlich zu erklären – in diesem Fall die

Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten von Amerika und die darauf folgende Wirtschaftskrise. Zum anderen bringt das breit angelegte Buch die Subprime-Krise in Verbindung mit anderen Finanzkrisen der Vergangenheit und ist daher auch als ein Werk der Wirtschaftsgeschichte zu verstehen. Die Analyse erstreckt sich über nicht weniger als 66 Länder und acht Jahrhunderte. Dabei werden sowohl Auslandsschuldenkrisen von Staaten, als auch deren Inlandsschuldenkrisen und Bankenkrisen (also massive Zahlungsausfälle im Geschäfts- und vor allem Privatkundenbereich) unter dem Begriff „Finanzkrisen“ zusammengefasst. Das ist neu, es ist kreativ – und es führt zu zahlreichen interessanten Ergebnissen.

In Teil I des Buches wird die Kernthese der Autoren vorgestellt: „Dieses Mal ist alles anders“ (so S. 36-37) lautet regelmäßig die Überzeugung der Akteure an den Finanzmärkten und insbesondere der Regulierungsinstanzen: Dieses Mal könne aus diesem oder jenem Grund wirklich keine Finanzkrise entstehen. Sie sei völlig ausgeschlossen oder jedenfalls unwahrscheinlicher als je zuvor. Und dann kommt die Krise doch: Jedes Mal zeigt sich, dass die Chancen einer Kreditaufblähung überbewertet und die Risiken dramatisch unterschätzt worden sind (S. 36-37). Dann kommt der Zusammenbruch. Wenig später wird, meist in einem anderen Teil der Welt, wieder der Staat oder der Privatsektor mit Kapital geflutet. Wieder sind sich alle Beteiligten einig: Dieses Mal ist aber wirklich alles anders...

Teil II des Buches befasst sich mit Auslandsschuldenkrisen. Interessant ist dabei, dass einige Staaten heute wieder als solide und kreditwürdig gelten, bei denen in der Vergangenheit Zahlungsausfälle zu verzeichnen waren (so Österreich), während die Geschichte anderer Staaten von andauernden Geldproblemen geprägt ist (z.B. Griechenland). ‚Zahlungsunfähigkeit‘ war der Grund, dass Neufundland 1934 wieder Kronkolonie wurde und im weiteren Verlauf in einer Volksabstimmung für eine Union mit Kanada votierte – zumindest ein Staat bzw. Dominion verlor also wegen einer Finanzkrise seine Existenz. Andere büßten im Verlauf von Auslandsschuldenkrisen einen Teil ihrer Souveränität ein (S. 141-144). Die Feststellung der Autoren: „Die meisten Länder in allen Regionen haben in ihrer Geschichte eine lange Phase der gehäuften Zahlungsausfälle bei Auslandsschulden durchlaufen.“ (S. 103). Die Zunahme von Auslandsschuldenkrisen sei vor allem der im



Vergleich zu früheren Jahrhunderten heute bedeutend größeren Kapitalmobilität geschuldet. Bankenkrisen in entwickelten Ökonomien können bzw. konnten über diesen Transmissionsriemen Schuldenkrisen in Schwellenländern auslösen (S. 133-135). Zahlungsausfälle vor allem in Schwellenländern seien zudem von den Rohstoffpreisen (höheres Risiko bei Preisverfall) und bei vorhergehenden Kapitalzuflüssen (höheres Risiko bei plötzlichem massiven Abfluss) abhängig (S. 137-140).

Die Autoren gehen in ihrer Analyse jedoch noch weiter. Nicht die Rückzahlungsfähigkeit, sondern die Rückzahlungsbereitschaft der Staaten sei „[die] Hauptdeterminante eines Zahlungsausfalls“ (S. 107). Dies zeige sich daran, dass es oft zu Zahlungsausfällen unterhalb der noch als tragbar geltenden Schuldenquote von unter 60 Prozent des BIP gekommen sei (S. 107). Daher sehen die Autoren „das Fehlen eines supernationalen rechtlichen Rahmens für die Durchsetzung von grenzüberschreitenden Schuldverträgen“ (S. 106) als ein Problem an. Sie halten das Kontrollregime für so schwach ausgeprägt, dass sie sich sogar fragen, aus welchen Gründen Staaten ihre Auslandsschulden überhaupt zurückzahlen – der Gedanke des zukünftigen Zugangs zu den Kapitalmärkten spielt dabei die wichtigste Rolle (sog. Reputationstheorie, S. 109-114).<sup>1</sup> An dieser Stelle erlaubt sich der Rezensent den Hinweis, dass auch ein „Staateninsolvenzrecht“ nichts daran änderte, dass die Nationalstaaten souverän entscheiden, ob sie den Anweisungen einer internationalen Kontrollbehörde Folge leisten

wollen. Wenn man Zweifel an der Rückzahlungsfähigkeit oder -bereitschaft eines Staates hat, ist man gut beraten, diesem gar nicht erst Geld zu leihen.

In Teil III wird die Inlandsverschuldung thematisiert. Sie sei ausgesprochen wichtig, da Inlandsschulden historisch betrachtet zwischen 40 und 80 Prozent der gesamten Schuldenlast aller Staaten ausmachten (S. 172). Dabei ist der Anteil der Inlandsschulden an den gesamten Staatsschulden bei entwickelten Ökonomien am größten (S. 174) – ohne Zweifel aufgrund ihrer leistungsfähigeren Kapitalmärkte. Während ein hoher Anteil an Auslandsschulden aufgrund der gestiegenen Abhängigkeit von volatilen Finanzmärkten bekanntermaßen immer das Risiko einer Krise mit sich trage, bleibe die Inlandsverschuldung bei der Berechnung der Krisenanfälligkeit bzw. Kreditwürdigkeit eines Staates oft außer Betracht. Dafür gibt es nach der Meinung der Autoren aber absolut keinen Anlass, da es auch hier in der Geschichte zu zahlreichen Zahlungsausfällen kam (S. 186-191).<sup>2</sup>

Die Folgerung: Inlandsschulden müssen nach Meinung der Autoren in die Betrachtung der Gesamtlage eines Staates einfließen. Sie können sogar das Auftreten von Auslandsschuldenkrisen erklären: Einige Schwellenländer gerieten bereits bei einem relativ geringen Bestand an Auslandsverschuldung in Zahlungsschwierigkeiten, da sie bereits recht hohe Inlandsschulden hatten: „Bei den 250 Auslandsschuldenkrisen, die unser Datensatz enthält, wird in der Tat deutlich, dass im Hintergrund der großen Mehrheit der Auslandsschuldenkrisen hohe Inlandsschulden lauerten.“ (S. 194). Deswegen können Inlandsschulden ausgesprochen brisant sein, zumal sie das Inflationsrisiko erhöhen, das insbesondere nach einem Zahlungsausfall erheblich ist (S. 207-208). Daher fordern die Autoren eine „internationale Behörde“ (S. 215), die der internationalen Öffentlichkeit Daten über die Inlandsverschuldung der Staaten zur Verfügung stellt.

Teil IV trägt den Titel „Bankenkrisen, Inflation und Währungszusammenbrüche“ und stellt einen weiteren dichten und spannenden Abschnitt des Buches dar. Dabei handelt es sich um drei getrennte Phänomene, die jedoch in engem Zusammenhang stehen. Die Autoren schildern, dass Banken in der Wirtschaftsgeschichte geradezu allgegenwärtig seien. Es habe durchaus Länder gegeben, die jahrzehntelang von Staatsschuldenkrisen verschont geblieben seien.

„Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass die Befreiung von wiederkehrenden Banken- und Finanzkrisen ungleich schwieriger ist.“ (S. 256). Entwickelte Ökonomien seien nicht weniger durch Bankenkrisen gefährdet als Schwellenländer, teilweise sogar anfälliger für sie (S. 231-232), wobei die Gefahr von Bankenkrisen insgesamt mit einem steigenden Grad an Kapitalmobilität zunimmt (S. 236-240).

Ein hohes Maß an Aufmerksamkeit schenken die Autoren den Kosten einer Bankenkrise. Zwar dürfte eine Bankenkrise in der Regel auf eine überzogene Verschuldung im Privatsektor und nicht des Staates zurückzuführen sein, ihre Folgen für die Staatsverschuldung sind jedoch erheblich. Die Autoren unterscheiden dabei zum einen die Kosten für die Rettung bzw. Rekapitalisierung des Bankensektors (S. 246-250) und zum anderen die Auswirkungen einer Bankenkrise auf die Wirtschaft und daraus folgend wiederum den Staatshaushalt. Auf eine Bankenkrise folgt in der Regel eine langandauernde Rezession, in der die Staatsverschuldung deutlich steigt (S. 254-255).

Im Anschluss werden Hyperinflationen und Wechselkurszusammenbrüche (von den Autoren als ‚Währungszusammenbrüche‘ bezeichnet) thematisiert. Nachdem es in früherer Zeit immer wieder Phasen der Hoch- und Hyperinflation auch in entwickelten Ökonomien gegeben hat, scheint hier in letzter Zeit etwas Ruhe eingekehrt zu sein, von Einzelfällen wie Zimbabwe oder Argentinien abgesehen (S. 276). Gemäß der Kernthese des Buches warnen die Autoren aber davor zu glauben, dass „dieses Mal alles anders ist“ (S. 276). Denn: „Von einer Regierung, die sich entscheidet, ihre Schulden nicht zurückzahlen, kann man kaum zuverlässig annehmen, dass sie den Wert der Landeswährung erhält.“ (S. 266). Eine Hyperinflation gehe nach Ansicht der Autoren Hand in Hand mit einem Wechselkurszusammenbruch (S. 278). Ein solcher Kollaps führte auch zur verhängnisvollen Dollarbindung einiger südamerikanischer Staaten, die mittlerweile größtenteils wieder rückabgewickelt wurde (S. 280-287). Ein besonderer Gewinn der Lektüre dieses Abschnittes ist es, dass ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Formen von Finanzkrisen, nämlich Staatsschuldenkrisen und Banken- krisen hergestellt wird.

In Teil V wird anschließend die Subprime-Krise in den USA thematisiert. Wie selbstverständlich gingen die Akteure an den Finanzmärkten von einem langanhaltenden

Aufschwung der sich selbst regulierenden US-Immobilien- und Aktienmärkte aus. Eine schärfere Regulierung erschien da nicht erforderlich. Zudem war der Erwerb von Wohneigentum auch durch weniger gut verdienende US-Amerikaner politisch gewollt. Der Zusammenbruch des Subprime-Marktes führte dann zu einer der schwersten Wirtschaftskrisen überhaupt. An dieser Stelle merken die Autoren an, dass auf eine Bankenkrise im Regelfall eine schwere Rezession folgt, die im Schnitt zwei Jahre dauert und die Wirtschaftsleistung um neun Prozent schrumpfen lässt. Die Arbeitslosigkeit steigt im Schnitt um sieben Prozent, während die Staatsverschuldung sogar um 86 Prozent zunimmt (S. 317). Die Autoren weisen zudem darauf hin, dass die staatlichen Haushalte weniger von den Rettungsmaßnahmen für die Banken, als vielmehr von der folgenden schweren Rezession in Mitleidenschaft gezogen werden.

In einer Schlussbetrachtung führen die Autoren ihre Argumentation zusammen. Es ist eben niemals, wie die Akteure an den Finanzmärkten immer wieder gedacht hatten, „dieses Mal alles anders“. Hatte man in den 1990er Jahren gedacht, die hohen Wachstumsraten der ostasiatischen Boom-Staaten würden sie vor einer Finanzkrise schützen, so nahm man in den 2000er Jahren an, der Anstieg der Immobilienpreise in den Vereinigten Staaten deute auf einen langanhaltenden Aufschwung hin. In diesen Fällen wie auch im Vorfeld vieler früherer Krisen war dies ein Trugschluss, wie die Autoren schonungslos deutlich machen. Sie leiten daraus die Forderung nach besseren Analyseinstrumenten und einer schärferen Regulierung der Finanzmärkte ab, um einer erneuten Kreditblase vorzubeugen (S. 378-385).

Das vorliegende Buch wird ohne Frage als eines der bedeutendsten jüngeren Werke zur Geschichte der Finanzkrisen, ja zur Wirtschaftsgeschichte insgesamt anerkannt werden. Besonders hervorzuheben ist der Ansatz der Autoren, eine Gesamtschau über ganz verschiedenartige Finanzkrisen durchzuführen. Ferner überzeugt das Buch durch sorgfältige Recherche und einen enormen Reichtum an empirischen Daten – besonders beeindruckend ist der über 100-seitige Tabellenanhang. Gewinnbringend sind die Überlegungen zum kausalen Zusammenhang verschiedener Finanzkrisen untereinander. Das Buch kommt zu überwiegend klar abgewogenen und dadurch nachvollziehbaren Schlussfolgerungen. Überzeugend

fordern die Autoren mehr Transparenz durch belastbare Daten über die gesamte Finanzierungssituation von Staaten. Auch die klare und verständliche Sprache ist hervorzuheben – es ist ja nur zu begrüßen, wenn ein Buch zu einem so wichtigen Thema einen breiten Leserkreis findet.

Allerdings ist der Rezensent in einem Punkt anderer Meinung als die Autoren. Im vorliegenden Buch wird der ordnungspolitische Sündenfall sowohl der US-amerikanischen als auch der europäischen Finanzkrise, nämlich die Rettung von insolvenzgefährdeten Banken mit staatlichen Mitteln, wenig kritisch gesehen. Zu Recht wird im Buch angemerkt, dass die Kosten der Bankenrettung für die Staaten geringer sind als die Kosten der auf eine Finanzkrise im Regelfall folgenden Wirtschaftskontraktion. Aber kann die Rettung von Banken die staatlichen Finanzen nicht in eine so schwierige Situation bringen, dass eine Sparpolitik einsetzen muss, die dann zu einer Rezession führt? Und reduziert nicht jeder Dollar oder jeder Euro, der zur Rettung einer Bank eingesetzt wird, den Spielraum eines Landes für Investitionen in Forschung und Bildung oder in die Infrastruktur? Es ist nach Ansicht des Rezensenten an der Zeit, die ordnungspolitisch einzig akzeptable Alternative – die kontrollierte Insolvenz von nicht mehr zahlungsfähigen Banken, verbunden mit einer demonstrativen Geldversorgung der gesunden Banken durch die Zentralbank zur Vermeidung der Ansteckungsgefahr – in Angriff zu nehmen. Derartige Überlegungen finden sich bei den Autoren bedauerlicherweise nicht. Nach Ansicht des Rezensenten beschreibt nicht nur die Aussage „Dieses Mal ist alles anders“, sondern auch ihr Komplementär „Und wie immer retten wir die Banken mit öffentlichen Mitteln“ treffend diejenige Geisteshaltung, die aus einer Bankenkrise erst eine Finanzkrise der öffentlichen Hand und dann eine Wirtschaftskrise werden lässt.

Dennoch: Carmen M. Reinhart und Kenneth S. Rogoff haben eine wertvolle Untersuchung vorgelegt und ihren Ruf als kluge Analytiker damit erneut bestätigt. Ob der Leser aus dem umfangreichen Datenmaterial an jeder Stelle die gleichen Schlussfolgerungen zieht wie die Autoren, möge er selbst entscheiden – am besten nach einer sorgfältigen Lektüre des vorliegenden Buches.

*Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff (2010): Dieses Mal ist alles anders: Acht Jahrhunderte Finanzkrisen. München: Finanz-*



Buch-Verlag. 592 Seiten. ISBN: 978-3898795647. Preis: 34,90 €. *Englisches Original 2009: This time is different: eight centuries of financial folly. Princeton: Princeton University Press.*

#### Anmerkungen:

1. Führt man diesen Gedanken weiter, so führt dies zu einer interessanten Frage: Sollte die griechische Regierung ihre Politik evtl.

stärker in Richtung einer „härteren“, an nationalen Interessen orientierten Verhandlungsstrategie ausrichten? Schließlich gelang z.B. dem argentinischen Staat nach einem wenig zimperlichen Umgang mit den Gläubigern die Rückkehr zum Kapitalmarkt.

2. Regierungen entscheiden sich, so die Autoren, in manchen Fällen dagegen, die Inlandsschulden durch eine Geldentwertung „wegzuinflationieren“, und nehmen lieber

einen Zahlungsausfall in Kauf, da ihnen die Nachteile eines Inflationsregimes zu gravierend erscheinen (S. 184). Allerdings folgt auf einen Zahlungsausfall mit großer Wahrscheinlichkeit ein Inflationsschub (S. 207-208). Diese These ist im Hinblick auf die gegenwärtige Euro-Krise nicht uninteressant, wobei die Option einer Inflationierung aber de facto nicht besteht, solange die Geldpolitik des betreffenden Landes von der EZB gemacht wird.

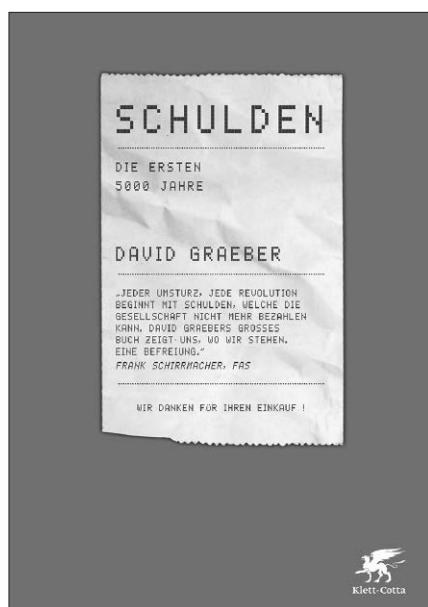
## David Graeber: Schulden. Die ersten 5000 Jahre

Rezensiert von Stefan Wohlfarth

Die globale Finanzkrise von 2008 hat sich längst zu einer Schuldenkrise entwickelt. Nicht nur viele Länder in Europa, sondern gerade auch die Supermacht USA stehen vor einem immensen Schuldenberg. Aber auch privat können Leute im „reichsten Land der Welt“ oft ihre Kredite nicht mehr bezahlen. Das wirft natürlich Fragen über die Natur dieses omnipräsenten Begriffes auf. Was sind eigentlich „Schulden“?

Der an der University of London lehrende Anthropologe David Graeber beantwortet mit seinem Buch *Schulden: Die ersten 5000 Jahre* diese Frage auf eine umfassende und bereichernde Weise. Über zwölf Kapitel hinweg nimmt Graeber die Leser mit zu einem Streifzug durch die letzten 5000 Jahre zu verschiedensten Kulturen auf der ganzen Welt. In den ersten acht Kapiteln analysiert Graeber soziale, moralische und ökonomische Hintergründe von Schuld und Schulden, ehe er in den letzten vier Kapiteln chronologisch die Geschichte von Schulden beschreibt und Aspekte aus den ersten Kapiteln aufgreift.

Im ersten Kapitel nimmt Graeber die aktuelle Situation um die Schuldenkrise als Aufhänger. Die weitverbreitete Meinung, jeder müsse seine Schulden zurückzahlen, wird von ihm hinterfragt. Denn offensichtlich galt das nicht für die großen Banken, die 2008 mit drei Milliarden US-Dollar aus US-amerikanischen Steuergeldern freigekauft wurden. Auf der anderen Seite sitzen mehrere hundert US-Bürger im Gefängnis wegen fehlender Kreditrückzahlungen. Ge-



radezu absurd wirken aus diesem Blickwinkel auch die Forderungen an viele „Entwicklungsländer“, die einst von europäischen Ländern kolonisiert worden waren, nach Rückzahlung ihrer Staatsschulden. So scheint es kein Wunder, dass laut Graeber alle revolutionären Bewegungen in der Antike ein bestimmtes Programm hatten: „Streich alle Schulden und verteilt das Land neu.“ (S. 14).

Im zweiten Kapitel entzaubert der Anthropologe eine von Ökonomen gerne erzählte Geschichte über die Entstehung des Geldes: „Es war einmal eine Zeit, da gab es Tauschhandel. Das war schwierig. Also erfanden die Menschen das Geld. Und nach dem Geld kamen Banken und Kredite.“ (S. 34). Tatsächlich gab es nie eine reine Tausch-

wirtschaft, sondern eine endlose Vielfalt von Wirtschaftssystemen. Der direkte Tausch von zwei Objekten kam gewöhnlich nur unter Fremden oder Feinden vor. Er war also für Leute vorbehalten, mit denen man keine weiteren Beziehungen hatte. Ansonsten gab es keinen Grund, eine unmittelbare Gegenleistung zu verlangen. Wenn es sich bei den Beteiligten um Nachbarn handelte, schuldete man sich eben einen Gefallen. „Schulden“ kamen also vor der Entstehung des Geldes.

Doch wie entsteht eigentlich Geld? Diese Frage beantwortet der Autor im dritten Kapitel anschaulich mit dem Beispiel der beiden Nachbarn aus dem vorherigen Kapitel. Wenn Joshua Henry seine Schuhe gibt und Henry ihm dafür ein schriftliches Versprechen für etwas mit demselben Wert gibt, dann entsteht daraus ein Schuldschein. Nehmen wir an, Joshua möchte jetzt etwas von einer dritten Person, so kann er den Schuldschein weiterreichen, solange die Person darauf vertraut, dass Henry, der eigentliche Schuldner, auch sein Versprechen hält. Der Schuldschein kann quasi endlos weiter zirkulieren, und so entsteht Geld. Verlangt irgendjemand von Henry, seinen Schuldschein einzulösen, wird der Schein zerrissen und das „Geld“ verschwindet. Henry könnte also niemals genügend Schuldscheine ausgeben um ein ganzes Dorf damit zu versorgen, es sei denn Henry wäre ein König mit immensem Reichtum. Dann wäre das Vertrauen in die Erfüllung der vielen Schuldscheine natürlich ungetrübt. So geschah es laut Graeber auch bei der Gründung der